

**Ziesche, Dr.** Ueber katholische Theologie. Paderborn 1919.  
(50) Verb. Schöningh. M. 2.60 und 20% Steuerzuschlag.

**Zuber, Jos.** Die Liebesjüngerin Jesu. Herz-Jesu-Lehrbuch für Jungfrauen in Welt und Kloster. Mit Titelbild von Kunstmalers Professor M. von Feuerstein und mit Buchschmuck von Kunstmalers Wilhelm Sommer. (232) hochformatig 100:169 mm. Geb. in Einbänden zu K 6.20 und höher. Auf diesen Preis kommt noch der zur Zeit in Kraft stehende Kriegsteuerzuschlag. Einsiedeln 1918, Benziger und Co.

**Zürcher, P. Ambros O. S. B.** Der gute Christ. Ein Lehr- u. Andachtsbuch für alle katholischen Christen. Mit farbigem Titelbild, 17 Vollbildern, Kopfleisten und Originalbuchschmuck von Kunstmalers Wilhelm Sommer. (576) Format IX, 77:129 mm. In Einbänden zu K 6.40 und höher. Auf diesen Preis kommt noch der jeweils gültige Steuerzuschlag hinzu.

## Kirchliche Zeitläufe.

Von Peter Sinthern S. J.

1. Nach den Thronen die Altäre. Der stille Krieg gegen das Papsttum. Die Haltung des Papstes im Kriege. — 2. Die römische Frage. — 3. Die italienische Volkspartei. — 4. Der Papst und Frankreich. — 5. Papst und Orient. Zionistenstaat. Judenfrage. — 6. Vorläufiges vom neuen Kulturkampf. Demokratisches Mehrheitsprinzip und Gewissensfreiheit.

1. Nach den Thronen die Altäre? Der stille Kampf gegen das Papsttum. Die monarchische Staatsform hat sich nach Japan geflüchtet, in Europa sind die starken Monarchien, wenigstens einstweilen, untergegangen — durch eigene Schuld, weil sie die Zeit ihrer Heimsuchung nicht erkannt haben. Nur nicht zu viel Religion! Das war seit Jahrzehnten Staatsmaxime gewesen. Was Luz in Bayern gesündigt, konnte das zu spät ans Ruder gekommene konservative Ministerium Hertling in so kurzer Zeit nicht gut machen. Wilhelm II., dessen gute Eigenschaften und Verdienste nicht verkannt werden sollen, rühmte sich, theologisch auf der äußersten Linken zu stehen, dem entsprach vielfach die Auswahl seiner Minister und Berater und seinen schönen Worten über Gottesglaube und Christentum folgten zu oft nicht die entsprechenden Taten. Kaiser Franz Josef war aufrichtig religiös, gewissenhaft, aber er war ein Liberaler vom alten Schlag, die Kirche war in seinen Augen nur allzu sehr eine Staatsdomäne, die Bischöfe Staatsbeamte; er unterschätzte die Bedeutung der Religion für das öffentliche Leben und so legte er den Grund für jene Verhältnisse, welche seinem von den besten Absichten beseelten Nachfolger zwingen, Thron und Land seiner Väter zu verlassen.

Soweit wäre der Loge der erste Teil ihres Programmes, „eine Ära frei von Thronen und Altären“, geglückt, die Throne sind gefallen, werden die Altäre folgen? Die Loge wird ganz bestimmt ihren ganzen Einfluß benützen, um der einzigen noch bestehenden starken Autorität, dem Papsttum, kunstvoll geschnürte Fesseln anzulegen, die es ihm erlauben sollen, die „Infame“ bei



der ersten günstigen Gelegenheit vollständig zu erdrosseln — wenn nicht ein Höherer seine allmächtige Hand schützend über Kirche und Papsttum hielte.

Um das Ansehen des Papstes, das ihm aus einer glücklichen Friedensvermittlung hätte zuwachsen können, vorsorglich schon im Keime zu ersticken, hat Italien in seinem Londoner Vertrage den Ausschluß des Papstes von der zukünftigen Friedenskonferenz durchgesetzt. Der Papst ist nicht in Paris und so kam er nicht in die Lage, die „Friedensbedingungen“ von Versailles und von St. Germain zu bekämpfen, aber auch nicht in die Lage, seine Unterschrift erst verweigern zu müssen. Auch darin liegt eine Vorsehung. — Wie hat die Loge es sich angelegen sein lassen, Wilson zu verhimmeln und der Welt das Bewußtsein einzuhämmern, daß ihr Mann, das Haupt der Antikirche, nicht der Papst der Bringer des Weltfriedens sei. Die „Arbeiterzeitung“ läßt die im Gottesglauben irre gewordene Menschheit zu Wilson „wie zu einem Gott“ beten. Die „Frankfurter Zeitung“ findet, daß „Wilson aus eigenem Entschlusse das gleiche sei, was der Papst aus heiligem Beruf: ein Hero des Völkerfriedens“. Den Vogel schießt die verbissen antikatholische „Neue Zürcher Zeitung“ ab. Sie findet bemerkenswert „zunächst das unleugbare Faktum, daß im gegenwärtigen Menschheitsprozeß, in der gigantischen Um- und Neubildung der Welt, die aus der Blut- taufe des Krieges sich erhebt, nicht der Papst die Weiheworte gesprochen, die Erlösung und Frieden bringen: es ist ein Laie — Wilson! Mochte die letzte Note der österreichischen Regierung an den moralischen Einfluß, den der Papst in der ganzen Welt ausübt, erinnern, sie war nicht mehr als die rührende Geste einer in Treue hilflos sterbenden Dynastie. Die moralische Kraft, der heute die ganze Welt traut, kommt ultra mare von jenseits des Meeres, nicht ultra montes. Gerade das ist die eigenartige Seite in der Lösung des eisernen Knotens, den der Weltkrieg geschlungen, daß eine Idee, ein moralischer Faktor — die Laienpredigt vom Recht — die Fesseln gelöst hat. Es bleibt Tatsache, daß nicht jene Stelle, die sich seit dem Vatikanum als oberste Rechtsinstanz auf moralischem Gebiet in forma specifica konstituierte, die Lösung gefunden“. — Auch gewisse neue diplomatische Vertretungen beim Heiligen Stuhle — auch das Deutsche Reich wird in Zukunft erfreulicherweise beim Vatikan vertreten sein und eine Nuntiatur in Berlin dürfte folgen — so begrüßenswert sie von der einen Seite als normale Mittel und Wege sind, durch welche der Heilige Stuhl für die Kirche in den betreffenden Ländern sorgen und im völkerveröhnenden Sinne tätig sein kann, können uns nicht hinwegtäuschen über die Gefahren, welche der Freiheit und dem allgemeinen Vertrauen des Heiligen Stuhles drohen, wenn wir sehen, wie die Forderung nach einer diplomatischen Vertretung beim Heiligen Stuhle in Frankreich nicht aus religiösen Gründen,



sondern im kraß egoistisch-nationalen Interesse erhoben wird, um nämlich den Einfluß des Papstes für gewisse nationale Sonderbestrebungen einzufangen.

Dabei verfolgt ja die Loge zugleich auch immer den Zweck, durch Verdächtigung des Papstes, wenn er einmal unbilligen Wünschen nicht zu Willen ist, sein Ansehen bald bei der einen, bald bei der anderen Seite zu untergraben und dadurch die Autorität des Papstes innerlich auszuhöhlen, weil sie ihm dann um so leichter eines Tages den Gnadenstoß versetzen zu können glaubt. In Deutschland wurde voriges Jahr eine solche Verhezung durch das vom Evangelischen Bunde herausgegebene und in zahllosen Exemplaren verbreitete Pamphlet „Papst, Kurie und Weltkrieg“ betrieben, in Frankreich neuerdings durch einen in der „Revue de Paris“ natürlich „von einem Katholiken“ — als Verfasser wurde der Journalist Garcea ermittelt — geschriebenen, von der Regierung inspirierten Artikel: „Ueber die Politik Benedikts XV.“ Während das deutsche Pamphlet haarscharf nachweist, daß der Papst antideutsche Politik getrieben; weist das französische ebenso überzeugend nach, daß er im Solde der Mittelmächte gestanden. Daß einzelne Mißgriffe, auch zu Ungunsten der Mittelmächte vorgekommen sind, stellt eine offiziös vatikanische Erwiderung von Le Floch im „Correspondant“ nicht in Abrede; es handle sich um „einige Vorkommnisse“, die freilich „übertrieben“ worden seien.

Im großen Ganzen wird man sagen müssen, daß Benedikt XV. seiner Stellung über den Parteien gerecht geworden ist, trotz seiner persönlichen Sympathien für Frankreich. Jetzt, wo die Siedehitze des Kampfes um das nationale und staatliche Dasein zum Teil verflogen ist, wird man auch in Deutschland und in Oesterreich manches vielleicht weniger scharf beurteilen, wenn man auf die höheren Interessen sieht, die Benedikt XV. offenbar zuweilen nur durch gewisse Konzessionen wahren zu können glaubte. Das protestantische und ausgesprochen ententistische „Journal de Geneve“ schreibt: „Um die Politik des Heiligen Stuhles gerecht beurteilen zu können, muß man deren tiefere Gründe verstehen. Da der Papst heute — im 20. Jahrhundert — nicht mehr daran denken konnte, der höchste Richter und Schiedsrichter der Menschheit zu sein, in selbstsam paradoxer Weise machen ihm eben seine entschiedensten Gegner, die Antiklerikalen, zum Vorwurf, daß er das nicht sei, hat er die Rolle eines Beschützers der Katholiken, der einzelnen und der Gesamtheit übernommen. Wenn es der Geschichtsschreibung eines Tages möglich sein wird, all die unendlich verwickelten Wechselfälle dieses Krieges abzuwägen, so ist wahrscheinlich, daß unsere Nachkommen weniger streng mit Benedikt XV. ins Gericht gehen werden, der immerhin — wir wollen es nicht vergessen — der hierarchische Vorgesetzte des mutigen Kardinals Mercier ist.“ Man könnte von unserer Seite ganz ähnliche Fälle nennen, die dem Papste in den Entente-



ländern sehr übel ausgelegt worden sind. Der protestantische Professor Dr Hans Reichel, Zürich, schreibt in den „Neuen Zürcher Nachrichten“: „Dem norwegischen Nobelkomitee habe ich als Träger des Friedenspreises für 1919 den Kardinalstaatssekretär Gasparri, als Repräsentanten des Papstes, vorgeschlagen. Aus den Erwägungen, die mich leiteten, hebe ich folgende heraus: Von den internationalen und supranationalen Faktoren hat in den Kriegsjahren die Wissenschaft mehrheitlich versagt; betrüblich klein ist die Zahl der Gelehrten, die sich vom Imperialismus freihielten. In den kriegsführenden Ländern versagte auch die Frauenwelt; das Wort der Antigone „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da!“ fand nur beschränkte Nachfolge. Der Sozialismus hat sich stark für den Frieden eingesetzt; seine Denkweise jedoch war vorwiegend materialistisch; er verfolgte in erster Linie nicht Menschheits-, sondern Klasseninteressen und der Bolschewismus, der sich ihm an die Rockschöße hängt, ist krasser Imperialismus, nur mit vertauschten Rollen. Auch der Protestantismus aller Richtungen blieb hinter der Höhe seiner sittlichen Aufgabe zurück („Kriegstheologie“, Internierung protestantischer Missionäre durch protestantische Gegnerstaaten u. s. w.). Es hängt das anscheinend mit dem Landeskirchentum zusammen. Der Katholizismus hingegen hat das Banner supranationaler Weltbürgerlichkeit bis zuletzt mutig entfaltet. Papst Benedikt hat alles ihm mögliche getan, um Kriegsgreuel zu dämpfen und den Weltfrieden wieder herbeizuführen. Er hat Ernst gemacht mit den Forderungen des Ideals. Und er appellierte nicht an die materielle Gewalt der Waffen, sondern an die ideale Kraft des moralischen Ideals. Gerade als Nichtkatholik fühle ich mich verpflichtet, dies einmal öffentlich auszusprechen.“ Der Löwener Prälat Deploige sprach in einem Vortragszyklus seine Ueberzeugung dahin aus, daß der Völkerbund, als wesentlich moralisches Problem, nur unter Mitwirkung der Kirche gelöst werden könne; der Gegenentwurf der deutschen Friedensdelegation in Versailles fordert bezüglich des Völkerbundes die Zuziehung des Papstes. Der Professor an der Accademia dei Nobili in Rom, Antonio Burri, sprach in einer großangelegten Völkerbundrede die Ansicht aus, die hohe Mission eines Schiedsrichters des Völkerbundes könne einzig und allein der Papst ausüben, wie schon Graf Pareto auf dem römischen Friedenskongreß von 1889 dem Papste die Rolle des Weltschiedsrichters zuerkannt wissen wollte. Auf die trüben Erfahrungen hin, welche man in Paris mit dem Weltschiedsrichtertum der Loge gemacht hat, wird allmählich wohl noch mancher zur Einsicht kommen, daß der Völkerbund jedenfalls viel besser im Papste verankert würde.

2. Die römische Frage. Einen Augenblick konnte es scheinen, als gewinne in Italien der ehrliche Wille zur Verständigung über die römische Frage die Oberhand. Das war, als Sonnino



„Nasenspitze sich verlängerte“, weil der Besuch Wilsons im Vatikan in den Bereich der Wahrscheinlichkeit trat. Amerika hat bekanntlich den Londoner Vertrag nicht unterzeichnet und somit auch nicht die Zulassung des Papstes zur Friedenskonferenz abgelehnt. Wer konnte wissen, ob nicht Wilson am Ende auch in der römischen Frage mit eigenen Ideen herausrücken würde. Und dann galt es den den jugoslawischen Ansprüchen wohlwollend gegenüberstehenden Wilson für Italien günstig zu stimmen. Mitte Dezember hieß es, zwischen Vatikan und Quirinal sei eine Vereinbarung im Gange, die sich im allgemeinen auf die im Kriege mit dem Garantiegesetz gemachten Erfahrungen stützen würde. Mit einer Verneigung vor Benedikt XV. erklärte anfangs Jänner der fast hundertjährige Defak der italienischen Diplomaten, der Senator Graf Crepi, er halte eine Annäherung zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien für durchaus möglich. Gleich darauf schlug der Domherr von St. Peter, Bianchi-Cagliessi, in der römischen Zeitschrift „Vita e Pensiero“ vor, das Garantiegesetz müsse ergänzt werden durch die Anerkennung der souveränen Freiheit des Papstes, welcher das Eigentumsrecht auf seine Paläste nicht nur tatsächlich, sondern von Rechts wegen genießen müsse. Der Papst müßte sich direkt und frei mit der katholischen Welt in Verbindung setzen können. Als einzige Lösung würde dabei der berühmte Gebietsstreifen (oder Korridor) nicht in Frage kommen. Was wirklich wichtig sei, wäre ein päpstlicher, mit besonderen Privilegien ausgestatteter Eisenbahnzug, der von den vatikanischen Gärten abfahren könnte, sowie eine eigene Telegraphenlinie. Die anderen Bedingungen würden sich auf gegenseitige Konzessionen von untergeordneter Bedeutung beziehen.

Dieser Italiener meint, eine solche Lösung würde gar nicht bedeuten, daß der italienische Staat ein Gramm seiner Freiheit oder seines Laizismus opfern würde, auch brauche es sich dabei nicht um eine wirkliche Versöhnung mit dem Heiligen Stuhl zu handeln, sondern einzig und allein um die politische Lösung einer seine Handlungen bisher hemmenden und störenden Frage. Das ergänzte Garantiegesetz werde grundlegendes und konstitutionelles Gesetz bleiben und alles lasse darauf schließen, daß die politischen Parteien, selbst die kirchenfeindlichen, falls sie zur Macht gelangen sollten, nicht wagen würden, es anzugreifen oder sie würden baldigst von der unheilvollen Absicht aus intuitiver Erkenntnis ablassen. Nach neuem Geiste schmeckt das alles wahrlich nicht! Die regierungsfreundliche „Tribuna“ erklärt am 12. März, daß die Unabhängigmachung der Kirche von der italienischen Zivilgewalt für Italien nur vom Nachteil sei. Schon etwas früher hatte Sonnino durch seine Preßtrabanten ausgesprengt, Wilson beabsichtige, die Spitzen der verschiedenen Religionsgesellschaften der Welt, vor allem den Papst, den jüdischen Großrabbiner, den Scheich-ul-Islam und die Vertreter der verschiedenen protestantischen und buddhistischen



Gemeinschaften mit beratender Stimme in den Völkerbund aufzunehmen: Also eine Herabdrückung des jetzt bereits souveränen Papstes durch die Gleichstellung jener Religionshäupter mit ihm und eine Zurückdrängung seines Einflusses durch die Zuerkennung einer bloß beratenden Stimme. Durch eine Aufnahme des Papstes als vollberechtigtes Mitglied in den Völkerbund, wie es seiner tatsächlichen souveränen Stellung entsprechen würde, wäre von selbst für den Papst jene internationale Garantie geschaffen, gegen welche sich Italien immer gewehrt hat, daher die Nervosität und zugleich die Bosheit Sonninos. Anderseits wäre durch die internationale Garantie des Papstes folgerichtigerweise wohl auch, wie Benedikt XV. es anstrebte, eine Garantie für die Kirche selbst geboten, deren Haupt der Papst ist, was um so weniger Bedenken erregen könnte, da jetzt den Juden ein ähnlicher Schutz des Völkerbundes geboten werden soll. Was den 14 Millionen Juden recht ist, wird den 240 Millionen Katholiken wohl billig sein.

Der soeben erwähnten Auslassung der „Tribuna“ gegenüber hat der „Osservatore Romano“ die wahre Bedeutung der römischen Frage wieder einmal klar gekennzeichnet. „Die Unabhängigkeit des Papsttums von jeder Zivilgewalt ist das Lebens-  
element für die katholische Kirche. Wenn diese nicht nur wirkliche, sondern auch sichtbare Freiheit in Wegfall käme und die Völker zur Ueberzeugung gelangten, das Papsttum sei nunmehr von irgend einer Zivilgewalt abhängig, so würde sich damit die katholische Kirche in ebenso viele Nationalkirchen auflösen, d. h. zu bestehen aufhören. Die Regierungen selbst würden und mit Recht, in ihren Staaten die Einmischung der von einer politischen Macht abhängigen päpstlichen Gewalt nicht zulassen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es der Zwiespalt zwischen den beiden Gewalten, der die päpstliche Unabhängigkeit verbürgt und verhindert, daß sich bei den Regierungen und Völkern die Ueberzeugung festsetzt, das Papsttum sei dem Willen Italiens dienstbar geworden und begünstige damit dessen Interessen zum Nachteil der anderen. Es ist daher zwecklos, sich Täuschungen hinzugeben; der Zwiespalt wird dauern, bis die Freiheit und Unabhängigkeit der Sendung des Papstes in der Welt in der wirksamsten Weise verbürgt sein wird.“ Die Souveränität selbst besitzt der Papst von Haus aus, iure divino, er kann und muß zunächst deren Anerkennung verlangen; das was ihm fehlt und wofür er Bürgschaften verlangt, das ist die ungehinderte Ausübung seiner Rechte.

Der Artikel weist auf jenen Punkt hin, den man gewissen allzu versöhnungsfreundlichen Italienern in kirchlichen Kreisen nicht energisch genug zur Betrachtung empfehlen kann: Gewiß wird es der Papst selbst sein der über Genügen oder Nichtgenügen etwa angetragener Bürgschaften entscheide; aber keine Macht der Erde würde die Katholiken der Welt beruhigen können, wenn nicht Bürgschaften gegeben wären, die für alle über-



zeugend in die Augen springen; es wird einmal eine völlig klare Lage geschaffen werden müssen, durch welche die vatikanische Welt gegen die stille politische Beeinflussung durch Italien wie durch jede andere politische Macht immunisiert, durch welche sie inter- und internationalisiert, also im eigentlichen Sinne katholisiert erscheint. Insbesondere durch die wahrhaft internationale Besetzung der kirkalen Ämter, vor allem der höchsten, würde im Vatikan diese internationale, katholische Luft geschaffen werden, was von um so größerer Wichtigkeit sein wird, je weniger befriedigend die äußeren Garantien sind, welche bei der beharrlich ablehnenden Stimmung Italiens zu erwarten sind oder je mehr der heute zwischen Vatikan und Quirinal bestehende Zwiespalt einem unklaren Modus vivendi weichen würde. Auch die italienischen Katholiken, die es ja gerne sehen, daß Italien sich im Glanze des Papsttumes sonnt und denen die politische Aktion jetzt freigegeben ist, werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, auf eine solche endgültige Lösung der römischen Frage hinzuwirken, die nicht ein lendenlahmes Kompromiß mit den anmaßenden Forderungen des Logentums ist, sondern der erhabenen Stellung des Papstes als des Hauptes der Gesamtkirche und als des Vaters der ganzen katholischen Christenheit gerecht wird. Auf keinen Fall darf der Vatikan je zu einem römischen Avignon werden, das nicht erträglicher wäre als einst das französische. Für die italienischen Staatsmänner aber bleibt auch heute noch das Wort Crispis wahr, an welches Crispoliti in einer in „Vita e Pensiero“ veröffentlichten Kritik des Garantiegesetzes erinnert: „Es bleibt einem italienischen Staatsmann nur ein Mittel übrig, sich Ruhm zu verschaffen, nämlich das, mit dem Heiligen Stuhl Frieden zu schließen.“

3. Die „italienische Volkspartei“. Für die Entwicklung der Verhältnisse in Italien könnte die Gründung der jetzt endlich erst möglich gewordenen (katholischen) „italienischen Volkspartei“ von der größten Bedeutung werden. Wie schon Pius X., so hat auch Benedikt XV. die Benennung „katholische“ Volkspartei nicht zugelassen, vor allem, weil er sich, wozu in Italien die Gefahr nahe liegen würde, nicht mit einer politischen Partei und ihren Aktionen identifizieren kann, dann aber auch, wie Pius X. sagte, weil er nicht durch den Namen allein schon die nicht dieser Partei angehörenden Politiker als nicht katholisch kennzeichnen und dadurch in einen Gegensatz zur Kirche treiben wollte. Im übrigen tritt die „Civiltà Cattolica“ für den Anschluß der italienischen Katholiken an die neue Partei ein und Parteien, die bisher von der Wahlhilfe der Katholiken lebten, werden es bei den nächsten Wahlen zu spüren bekommen. Der „Corriere della Sera“ schreibt, die Benennung „Volkspartei“ hätten die italienischen Katholiken von ihren Glaubensgenossen in Deutschland übernommen; auch das Programm sei nahezu dasselbe. Die Organisationen der deutschen Katholiken hätten konfessionellen



Charakter, in der Politik aber hätten sie sich unabhängig gehalten und diese Unabhängigkeit auch einmal (Windhorst in der Septennatsfrage) drastisch verfochten. In Italien sei jetzt die Parallelerrscheinung vorhanden. Nach einer Aeußerung des Sekretärs der neuen Partei, des hervorragenden Sozialpolitikers und Organizers Don Sturzo, eines Sizilianers, hat die Partei auch die Freiheit für alle Konfessionen in ihrem Programm. Für uns Deutsche mag es in dieser schweren Zeit ein Trost sein, daß also das Germania docet, das einst ein italienischer Kardinal von den deutschen Katholiken gesagt hat, auch in Zukunft seine Geltung behalten wird.

4. Der Papst und Frankreich. Die Rücksichten des Vatikans auf die „Fille aînée de l'Eglise“, auf Frankreich, sind traditionell. Weder Kardinal Gasparri, noch Benedikt XV., der „bedauert, nur dem Herzen nach Franzose zu sein“, haben aus ihren persönlichen Sympathien für Frankreich ein Hehl gemacht. Die älteste Tochter der Kirche ist eben auch von jeher die schwierigste gewesen; gallischer Hochmut und gallische Eitelkeit, die auch vom französischen Klerus in hohem Maße geteilt werden, sind ein Faktor, mit dem man im Vatikan immer stark rechnen muß. Zudem aber ist Frankreich auch heute noch eines der wenigen großen, der Mehrzahl der Bewohner nach homogen katholischen Länder. Es ist zwar den französischen Katholiken nicht gelungen, die politische Beherrschung ihres Landes durch das mit den skrupellosesten Mitteln arbeitende Vagantum zu verhindern oder die einmal aufgerichtete Vagantenherrschaft zu brechen; die Folge davon ist ein fortwährendes Zurückweichen des katholischen Einflusses im öffentlichen Leben. Die hervorragende Beteiligung Frankreichs am Missionswerke der Kirche und die staunenswerten Opferwilligkeit der französischen Katholiken für religiöse Zwecke zeigen aber, daß auch im französischen Katholizismus, so abstoßend sich auch viele seiner Vertreter in ihrem Deutschenhaß gezeigt haben, doch noch ein gesunder Kern stecken muß, von dem die Kirche in der Zukunft vielleicht noch manches erwarten kann. Vielleicht kommt doch auch einmal die Zeit, wo deutsche und französische Katholiken einander finden; denn so was sollte man nicht den Sozialdemokraten, Juden und Freimaurern überlassen. So erklärt sich auch wohl die obige Aeußerung des Papstes und die Ernennung zweier neuer französischer Bischöfe in den Reichslanden unter Mitwirkung Poincarés, noch vor dem Abschluß der Friedensverhandlungen. Auch die französische Regierung wird selbst von radikalen Politikern gedrängt, nach Rom zu gehen, „ohne Canossa“, wie es bezeichnenderweise heißt; der französische Einfluß im Orient, namentlich in Palästina und Syrien, ist für diese Politiker ausschlaggebend. Aus demselben Grunde wird die Errichtung einer französischen Mission beim Vatikan von den Italienern mit gemischten Gefühlen betrachtet und auch, weil man in Italien fürchtet, dadurch könne eines schönen Tages die römische Frage aus einer nationalen, zu der man sie durch-



aus stempeln will, zu einer internationalen werden. Auch erleben wir schon das Schauspiel, daß Italien durch jedes Entgegenkommen des Vatikans gegen die Jugoslawen seine eigenen „Interessen“ in der Adria und am Balkan beeinträchtigt glaubt, was namentlich gelegentlich der Reise des vom Heiligen Stuhle entsandten Kardinals Bourne in den Orient, auf den Balkan und durch Jugoslawien, in der Nervosität der italienischen Blätter zum Ausdruck kam. Daß der Heilige Stuhl in Frankreich selbst keine leichte Arbeit haben wird, mag man aus den Worten des von Frankreich nach Elsaß-Lothringen entsendeten Oberfreimaurers Debierre erkennen: „Man muß die Schule von den Konfessionen und die Menschenköpfe von den Einbildungen und Lügen befreien“, und aus einer Aeußerung des neuen Generalkommissärs Millerand, der in Straßburg sagte, daß das Konkordat, das vor dem Jahre 1870 in Kraft bestanden habe, heute zwar fort dauern werde, daß aber nach und nach doch die französischen Trennungsgesetze zur Anwendung kommen würden. Bezeichnend ist auch ein Wort Kardinal Gasparis zu dem Berichterstatter des „Petit Parisien“: „Wenn Frankreich wünscht, sich uns zu nähern, so möge es das direkt tun und ohne Zwischenpersonen. Eine so große und ruhmvolle Macht wie Frankreich kann geradedaus gehen, wohin sie gehen will. Ich erinnere an einen treffenden Ausspruch des Kardinals Merry del Val: Frankreich ist eine zu große Dame, um den Vatikan von der Treppe der Dienerschaft her zu betreten.“

5. Papst und Orient. Zionistenstaat. Judenfrage. Während des ganzen Krieges hat sich der Heilige Vater in tatkräftigster Weise der von der Türkei grausam verfolgten Christen und auch der Juden, ohne Unterschied der Nation und Konfession, aufs Wirksamste angenommen. Es gelang ihm insbesondere zahlreiche Hinrichtungen von Armeniern zu verhindern. Die Sendung des englischen Kardinals Bourne, der als Kardinal und als Engländer für diese Mission besonders geeignet erschien, in den Orient und auf den Balkan zeigt, wie klar der Heilige Vater die großen neuen Aufgaben, welche in diesen Ländern der Kirche nach dem Kriege harren, sofort erfaßt und wie tatkräftig er deren Lösung in die Hand genommen. Schon seit Bekanntwerden der russischen Absichten auf Konstantinopel suchte er die Hagia Sophia der griechisch-unierten Kirche zu sichern. Nachdem er in seiner Konsistorialansprache Anfangs März dieses Jahres seiner Freude über den Uebergang der heiligen Stätten in christliche Hände Ausdruck gegeben, fährt er fort: „Es kann uns nicht gleichgültig sein, welches Schicksal ihnen die Friedenskonferenz vorbehält; denn ohne Zweifel wäre Unser eigener Schmerz wie der Schmerz aller Christen groß, wenn in Palästina die Ungläubigen eine bevorzugte Stellung erhielten. Er wäre noch größer, wenn diese erhabenen Stätten Völkern anvertraut würden, die nicht Christen sind. Wir wissen außerdem, daß nichtkatholische Ausländer, die über Mittel aller Art verfügen,



das Elend und Leid, das der Krieg über diese Gegenden gebracht hat, dazu benutzen, um für ihre Lehren Propaganda zu machen. Man wird in keiner Weise dulden dürfen, daß an diesen Stätten, wo unser Herr Jesus Christus durch sein Blut den Seinen das ewige Leben gewonnen hat, so viele Seelen dem Katholizismus entzogen und dem Verderben überantwortet werden. Angesichts dieser Gefahr strecken Unsere geliebten Söhne Uns flehend die Hände entgegen und bitten Uns nicht allein um Nahrung und Kleidung, sondern durch Unsere Vermittlung um die Rückgabe ihrer Missionen, ihrer Kirchen und Schulen."

Dazu einige Ergänzungen. Schon am 24. September 1918 mußte die „Italia“ wiederholt feststellen, daß die alliierten Behörden allerdings die türkische, muselmanische und christliche Bevölkerung in weitgehendem Maße unterstützten, während die katholische Bevölkerung und die vielen katholischen Institute in Jerusalem sehr stiefmütterlich behandelt wurden. Der französische Episkopat stellte in großzügiger Weise durch Sammlungen in der Höhe einiger Millionen Franken die Missionsstationen im Heiligen Lande wieder her.

Nach dem Text des Geheimabkommens der Entente, den zuerst die Bolschewiken, dann die „Asie Française“ veröffentlichten, sollen Palästina und die Heiligen Orte einem besonderen Regime, man nimmt an, einem internationalen, unterstellt, Syrien aber mit Ausnahme der den Engländern vorbehaltenen Häfen Akko und Caiffa, von Frankreich verwaltet werden. Wie der „Manchester Guardian“ mitteilt, soll der den Juden zuzuweisende Teil „von Dan bis Berfabé“ gehen, also die meisten Territorien ihres historischen Besitzes umfassen. Sie sollen erhalten die Abhänge des Hermon mit den wasserreichen Jordansquellen und die Stadt Dan mit Ausschluß des kleinen westlichen Flußabschnittes mit den beiden gänzlich arabischen Städten Hasbeja und Rascheja. Dann weiter südlich die Niederung auf der östlichen Seite des Jordans, welche für die Bewässerung nötig ist. Das Gebirge dagegen verbleibt der arabischen Bevölkerung. Tyrus und Sidon werden den Juden nicht gegeben, als gänzlich arabisch fühlend und auch durch keine wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Hinterland verknüpft; sie werden zum Libanon geschlagen oder, falls dort kein autonomer Staat geschaffen wird, zu Syrien. Die Grenzen werden alle gegenwärtigen jüdischen Kolonien und den ganzen Jordanlauf umfassen. Was wird die alteingesessene Bevölkerung dazu sagen? Soll sie, ohne auch nur befragt zu werden, wie die Steine auf einem Spielbrett verschoben und verschachert werden? Wird man ihr Selbstbestimmungsrecht gelten lassen? 1918 zählte sie 538.000 meist arabische Mohammedaner, 80.000 Juden, 40.000 Griechischorthodoxe, 35.000 Katholiken, 5000 Protestanten, 2000 orientalische Christen. Wird es in Palästina je erträgliche Verhältnisse geben, wenn einer kleinen Minderheit, die vielleicht auch durch die Zuwanderung nicht wesentlich geändert werden wird, eine so dominierende Stellung eingeräumt wird?



Die Juden selbst, namentlich die Reformjuden, stehen der Idee eines Judenstaates zum Teil mit sehr gemischten Gefühlen, zum Teil scharf ablehnend gegenüber, während offensichtlich die Zahl der „Zionsfreunde“ wächst! Unter dem Ehrenvorsitze des Kardinals Mercier und dem Vorsitze des Reformjuden Josef Reinach hat sich in Paris eine Organisation der Freunde des Heiligen Landes gebildet, zu dem Zwecke, sich jeder Bildung eines neuen Judenstaates in Palästina energisch zu widersetzen; Palästina müsse ein Bestandteil Syriens bleiben. Die Gründe Kardinals Mercier versteht man. Aber die Gründe Reinachs? Er hat sich schon vor einigen Jahren energisch gegen den Zionismus gewandt, weil die Juden die Aufgabe hätten, inmitten der christlichen Völker, die keine Ziele mehr hätten, die geistige Führung zu übernehmen! Die „Frankfurter Zeitung“ bekommt helle Angst, daß, wenn einmal der Judenstaat gegründet sein wird und die Juden eine eigene Nation mit eigenem Territorium bilden werden, die Wirtsvölker der Juden sich deren Einmischung in ihre nationale Politik und noch viel mehr eine führende Rolle dieser fremdnationalen Politiker ganz gründlich verbieten werden. Diese Furcht ist nicht grundlos, weil doch schließlich die Politik einer Nation von Männern gemacht werden muß, welche dieser Nation angehören, sich eins mit ihr fühlen, nicht aber von solchen, denen jedes Gefühl für das angestammte Volkstum abgeht. Was wir bis jetzt von Juden auf der Bildfläche sehen, das sind Revolutionsjuden, die größten Schädlinge des bodenständigen Volkes. Gewiß gibt es Juden, welche diese Schädlinge und jede gegen das bodenständige Volk gerichtete Politik von Juden so sehr verabscheuen wie wir, aber sie sind einflußlos unter ihren Stammesgenossen, sie sind von ihnen nicht durch eine klare Grenze geschieden und, soweit sie dem Talmud huldigen, werden auch sie immer in Gefahr sein, dem im Talmud herrschenden christenfeindlichen Geist zu erliegen. So lange ein Jude dem Talmud nicht abschwört, kann er überhaupt nicht verlangen, vom Christen, den ihn der Talmud als Feind hassen lehrt, als vertrauenswürdiger Volksgenosse behandelt zu werden. Ganz anders ist es mit jenen Juden, die den Talmud mit seinem kühn überlegenden Christenhaß verwerfen, welche die Unterdrückung und die Auszögerung der Christen durch die Juden entschieden verurteilen, welche sich für die Rückwanderung aller Juden, nicht nur der armen, nach Palästina einsetzen und nach dem von den Juden den Christen überall aufgezwungenen demokratischen Majoritätsprinzip, durch die zionistische Majorität der Juden die palästinafeindliche Minderheit zur Mitreise zwingen wollen, um zu verhindern, daß die Zurückbleibenden weiter wuchern und so dem jüdischen Volke weiter das Odium aufladen, unter dem seine Besten seufzen. Wie freilich eine solche allgemeine Rückwanderung ohne Bekehrung der Juden zum Christentume möglich wäre, ist nicht recht einzusehen. Aber das könnte man Gott überlassen. Eine Rückkehr unter solchen Bedingungen wäre



das erste Wunder, dem als zweites die Bekehrung des ganzen Volkes folgen könnte. Aber Logik läßt sich diesen Gedankengängen nicht absprechen und so oder so, eine wirkliche Lösung der Judenfrage wird nur durch eine Bekehrung der Juden zum Christentume kommen, durch eine Bekehrung von einzelnen und ihre Aufnahme in die christliche Volksgemeinschaft und endlich einmal durch die schon von Moses und dann vom heiligen Paulus vorausgesagte Bekehrung des „von allen Enden der Erde“ in Palästina wieder versammelten Gesamtvolkes.

6. Vorläufiges vom neuen Kulturkampf. Eine der bezeichnendsten Erscheinungen seit der Revolution ist das Auftauchen einer Großloge in Wien. Das bedeutet für Kirche und Christentum eine Kampfansage, das bedeutet Sturm. Der jüdische Freimaurer Austerlitz hat denn auch gleich am 12. Juni dieses Jahres in der „Arbeiterzeitung“, welche von jeher der Loge ganz zu Diensten ist, in einem wutschnaubenden Artikel in die Sturmtrompete gegen die Klöster geblasen, indem er einen ganz unbedeutenden Vorfall in der von Schwestern geleiteten Anstalt zu Säbenstein in ganz ähnlicher Weise aufbauschte, wie seinerzeit seine Logenbrüder in Frankreich den Schulbruder Flamidien in Lille und jene in Italien die Schulbrüder in Barazze in unsäglich infamer Weise verleumdeten. Diese Fälle sind nicht vergessen und wir haben aus ihnen gelernt.

Aus demselben Geiste geboren, wenn auch in anderen Bahnen wandelnd, sind die Kulturkampfbestrebungen, die seit dem Umsturze in Deutschland wie auf dem Boden des alten Oesterreich an der Tagesordnung sind. Wo die Räteregierung Fuß gefaßt hat, wie in Ungarn und Bayern, geht es nach bolschewistischen Rezepten, anderswo nach den Grundsätzen der „Demokratie“ und, wo man noch nicht weiß, wie weit man noch sozialdemokratisch und wie weit man schon bolschewistisch, spartakistisch oder „unabhängig“ ist, wird je nach Zeit und Gelegenheit bald die eine, bald die andere Methode angewendet. Wir werden in einem späteren Artikel darauf zurückkommen. Ueberall aber verfolgt man das gleiche Ziel, die Achtung des religiösen Geistes, die Ausschaltung der Kirche und der Religion aus dem öffentlichen Leben, die Durchbringung von Jugend und Volk mit dem Geiste des Neuheidentums.

Dieselben Sozialdemokraten, die sich gegen die eigene Vergewaltigung durch eine kommunistische Minderheit einerseits und gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die ententistische Mehrheit anderseits so verzweifelt wehren, tragen kein Bedenken, überall skrupellos ihre Macht zu benützen, um die christlichen Arbeiter und die ganze christliche Mehrheit zu vergewaltigen. In dieser Unaufrichtigkeit, in diesem doppelten Maß, in dieser Anrufung des Rechtes auf der einen Seite und der skrupellosen Ausnützung der Gewalt auf der anderen, liegt der Grund aller Zerrahrenheit im öffentlichen Leben. Und welches Vertrauen können



die sozialdemokratischen Machthaber bei dem von ihnen „regierten“ Volke beanspruchen, wenn sie von dem Grundsatz ausgehen, Trenn und Glauben nur den eigenen Gesinnungsgegnossen schuldig zu sein? Die große Mehrzahl des Volkes gehört zu diesen Gesinnungsgegnossen nicht, muß deswegen immer fürchten, von den sozialdemokratischen Machthabern auf Schritt und Tritt hintergangen zu werden. Die Klagen in dieser Richtung wollen denn auch nicht verstummen.

Eine weitere Quelle des allgemeinen Unbehagens liegt in dem demokratischen Mehrheitsprinzip selbst. Was wollen die Deutschen gegen die vernichtenden Friedensbedingungen der Entente sagen, wenn das Mehrheitsprinzip auf der ganzen Linie gilt: die Entente hat offenbar die Mehrheit, ihre Regierungen entscheiden gegen das deutsche Volk und ihre Völker klatschen Beifall. Und doch: auch wenn es keine Wilsonschen Punkte gäbe, würde das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen, in den „Friedensbedingungen“ von Versailles und von St. Germain schweres ihm angetanes Unrecht zu sehen. Das Mehrheitsprinzip hat eben vor den natürlichen Rechten der Menschen, der einzelnen wie ganzer Völker Halt zu machen. Nicht nur in den zwischen-völkischen Beziehungen, auch den eigenen Volksgenossen gegenüber. Man sucht denn auch diese natürlichen Rechte des Staatsbürgers in dem Grundgesetz der staatlichen Verfassungen festzulegen. Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit werden wohlgefällig in die Welt hinausgerufen. Aber wo bleibt diese grundlegende Freiheit der Religion und des Gewissens, wenn das Schulwesen in einer Weise „geordnet“ wird, daß die Eltern keine Gewähr mehr haben, ihre Kinder in diesen Schulen zu gläubigen Christen, zu überzeugungstreuen Katholiken erzogen zu sehen? Was die gegenwärtigen Machthaber treiben und wovon sie gelegentlich auch gar kein Fehl machen, das ist die schrittweise, systematische Aufhebung der wirklichen Gewissensfreiheit der Eltern und der Kinder auf dem Gebiete der Schule. Es ist ihnen fast überall schon bedenklich weit gelungen und wir haben fast überall schon bedenklich viel Boden verloren. Wir dürfen keinen Fußbreit weiter preisgeben und müssen den verlorenen Boden restlos zurückgewinnen, bis die volle Religions- und Gewissensfreiheit, insbesondere auf dem Boden der Schule, restlos verwirklicht ist. Es gilt den unchristlichen, zuversichtslosen Fatalismus zu bekämpfen, mit dem man die Dinge, wie man glaubt, ohnmächtig und hilflos herankommen sieht. Die Prinzipienfestigkeit, die Glaubensstreue, der christliche Bekennermut müssen wieder in ihrer ganzen alles überwindenden Kraft erwachen. Als im deutschen Kulturkampf die Wogen schon haushoch gingen, da saßen in einem Orte des deutschen Globus mehrere Herren beisammen, die liberale Reporter wohl schon zum „höheren Klerus“ rechnen würden; „bleiben wir nur hübsch stad“, meinte der eine, „dann können wir immer sagen:



Wir haben nicht angefangen!"; ob die anderen Beifall nickten, weiß ich nicht. Aber eines ist sicher, daß die großen Kämpfe, die nun schon angefangen haben, Männer brauchen, die aus ganz anderem Holze geschnitten sind. Es gilt den großen Kampf um das himmlische Vaterland, den Kampf um Religion und Gottesglauben, den Kampf um das Reich Gottes auf Erden, den Kampf um die Rettung und Neubegründung der christlichen Kultur, den Kampf um das Recht, Christ zu sein, Katholik zu sein und als katholischer Christ zu leben und zu sterben.

## Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Peter Pittligto, Professor in Ried (D.-De.).

### 1. Ein zu Tode gequältes Volk.

Zu den Hauptvorwürfen gegen Deutschland, welche die wichtigste Rolle in der antideutschen Greuelpropaganda spielten, gehört neben den angeblichen Grausamkeiten in Belgien und dem Unterseebootstrategie die Vernichtung des armenischen Volkes durch die Jungtürken, besonders die furchterlichen Mezeleien in den Jahren 1915—1916. Die ganze neutrale und feindliche Presse war monatelang angefüllt mit ausführlichen Schilderungen dieser Greuel, für die selbstverständlich die Zentralmächte verantwortlich gemacht wurden, während die Presse der Mittelmächte durch die Zensur gehindert wurde, die wirklichen Urheber dieser Grausamkeiten in der Öffentlichkeit zu kennzeichnen. Erst nach Auflösung des Bündnisses mit dem Türkischen Reiche wurde der Presse gestattet, den wahren Sachverhalt zu berichten und gegen den Vorwurf der Teilnahme Deutschlands an den Greuelthaten Stellung zu nehmen. Leider war es schon zu spät, und so werden diese Anklagen immer erhoben werden und das deutsche Volk wird hart büßen müssen für das, was seine Verbündeten, die Jungtürken, an einem christlichen Volke verbrochen haben. Die deutschen Berichte, die über diese Greuelthaten vorliegen, sind auch jetzt noch sehr zurückhaltend, bringen aber dennoch Dinge, die man selbst in unserer abgestumpften Zeit nicht für möglich halten sollte.

In der Annahme, daß auch die deutschen Missionsfreunde das Anrecht haben, die volle Wahrheit zu erfahren, folgt hier eine kurze Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse der Jahre 1915—1916. Die Armenierschlächtereien der Jahre 1894—1896, denen in den letzten Monaten des Jahres 1895 allein 82.745 Menschenleben zum Opfer fielen, und das Blutbad von Adana im Jahre 1909 werden als bekannt vorausgesetzt.

Neben die Ereignisse der letzten Jahre fügen die Berichte ungefähr folgendes:

Als die Türkei nach dem Siege an den Dardanellen im Frühjahr 1915 auf dem Höhepunkte ihrer militärischen Erfolge stand und jungtürkische